



Aufnahme: Wouter Andamse 2003

Boys in Lilisiana village (Auki, Malaika)

Die Salomonen Ein Beispiel für die neue australische Pazifik-Politik

Marion Struck-Garbe

Vorbemerkung

Um den 24. Juli 2003 waren die Salomonen einen Augenblick lang für die internationalen Medien von Interesse. Eine von Australien geführte internationale Eingreiftruppe von etwa 2.000 Mann war auf den von Chaos und Gewalt erschütterten pazifischen Inseln mit dem Auftrag gelandet, das Land zu befrieden. Mit beteiligt waren Einheiten aus Fidschi, Vanuatu, Tonga, Papua Neuguinea und Neuseeland. Der Einsatz gilt als die größte Militäroperation im Südpazifik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Intervention kennzeichnet einen Paradigmen-Wandel im Umgang mit Konflikten innerhalb der australischen Pazifik-Politik.

Die Salomoneninseln, mit einer Bevölkerung von etwa einer halben Million Menschen und seit 30 Jahren

unabhängig, sind seit Jahren Schauplatz von schweren innerstaatlichen Konflikten zwischen verschiedenen bewaffneten Milizen mit bislang insgesamt circa 200 Toten.¹

Das Parlament der Salomonen hatte um den Einsatz der ausländischen Truppen gebeten, nachdem lokale bewaffnete Gruppen den größten Teil der Hauptinsel Guadalcanal unter ihre Herrschaft gebracht hatten. Trotz eines im Jahr 2000 geschlossenen Friedensabkommens waren Erpressungen, Überfälle und Erschießungen bis dahin an der Tagesordnung geblieben.

Über die Hintergründe des Verlaufes der Intervention und die Chancen, das angestrebte Befriedungsziel zu erreichen, war und ist seitdem hierzulande nicht viel zu hören und zu lesen gewesen. Hier soll ansatzweise der Versuch gemacht werden, das nachzutragen.

Die Entwicklung des innerstaatlichen Konflikts

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Spannungen zwischen den Bewohnern von Guadalcanal und Malaita, zwei Nachbarinseln. Schon im frühen 20. Jahrhundert brachten die Briten, damals Kolonialmacht, Malaitaner als Plantagenarbeiter nach Guadalcanal. Diese wurden zugleich als politische Elite aufgebaut, um das Land nach der Unabhängigkeit zu regieren. Malaitaner stellen in Honiara - der Hauptstadt des Landes - die Mehrheit der Geschäftsleute, Polizisten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Honiara ist bis heute Anziehungspunkt für die ländliche Bevölkerung geblieben. Von Malaita sind inzwischen mehr als 60.000 Menschen zugewandert.

Der enorme Zustrom von den anderen

Inseln und das hohe Bevölkerungswachstum führten insbesondere auf Guadalcanal zu Landkonflikten. Da Land nicht nur ökonomische (etwa für die Subsistenzwirtschaft), sondern auch soziale, kulturelle und spirituelle Bedeutung hat, sind gerade Konflikte um Land äußerst brisant und eskalationsträchtig. Durch das der Regierung 1997 von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfond auferlegte Strukturanpassungsprogramm, das im Wesentlichen aus Sparmaßnahmen bestand, sah sich Regierungschef BARTHOLOMEW ULUFA'ALU gezwungen, im öffentlichen Dienst Stellen abzubauen und Gehaltszahlungen einzufrieren. Die Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze verschärfte sich drastisch und die Entlassenen waren gezwungen, in die Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, was wiederum die Landprobleme zuspitzte. Hinzu kam, dass aufgrund der Finanzkrise in Asien, die Holzwirtschaft zum Erliegen kam, was weitere Entlassungen nach sich zog.

Die einheimische Bevölkerung Guadalcanals fühlte sich besonders hart getroffen, weil sich die Malaitaner aufgrund ihrer Geschäftsbeziehungen und ihrer privilegierten Positionen in Staat und Verwaltung vergleichsweise gut zu schützen wußten. Angebliche oder tatsächliche Gewalttaten von Malaitanern gegen die Bevölkerung Guadalcanals verstärkten die Ressentiments. Aufgebracht durch die zunehmende Landknappheit und getragen durch Neid- und Ohnmachtsgefühle überfielen Guadalcanaler schließlich - anfangs vor allem in der Nähe von Honiara - Malaitaner. Die zum Schutz der Malaitaner eingesetzte Polizei, die ja wiederum überwiegend aus Malaitanern bestand, reagierte äußerst hart und trug damit zur Eskalation noch bei.²

Die Ausweitung zum Bürgerkrieg

Die Unruhen eskalierten in einem bewaffneten Konflikt, als 1998 das *Isatubu Freedom Movement* (IFM) damit begann, Malaitaner von der In-

sel Guadalcanal zu vertreiben. 20.000 Menschen verließen ihre Wohnorte, um sich auf anderen Inseln niederzulassen oder rund um Honiara anzusiedeln, das zunehmend eine ethnische Enklave von Malaitanern wurde. HAROLD KEKE, einer der Anführer des IFM, tötete und verletzte Dutzende Zivilisten während der Vertreibungen - alles angeblich im Interesse der einheimischen Bevölkerung, die er in der *Isatubu Freiheitsbewegung* repräsentiert sah. Die Malaitaner rund um Honiara reagierten mit der Gründung der *Malaitan Eagle Force* (MEF). Die sich bekriegenden Banden nutzen die ethnischen Unterschiede, um die jeweils anderen zum Sündenbock zu machen und Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Im Jahre 2000 hatten die Auseinandersetzungen ihren ersten Höhepunkt erreicht, als die MEF zusammen mit Teilen der Polizei durch einen Putsch die Regierung ULUFA'ALU's zu Fall brachte.

2000 und 2001 wurden Friedensvereinbarungen von den rivalisierenden militärischen Gruppen unterzeichnet. Dennoch dauerten die Kämpfe an und es gelang nicht, das staatliche Gewaltmonopol zu re-etablieren.

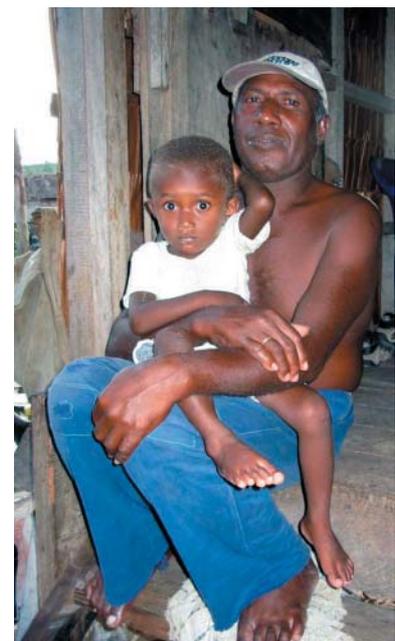
Aus dem IFM spaltete sich unter Führung von HAROLD KEKE die *Guadalcanal Liberation Force* (GLF) ab, welche sich die Unabhängigkeit Guadalcanals von den Salomonen auf die Fahnen geschrieben hatte, doch in Wirklichkeit rasch zu einer dramatischen Bedrohung für just die Bevölkerung wurde, die sie in die Unabhängigkeit zu führen beanspruchte. Brandschatzend, vergewaltigend, tötend, plündernd und entführend degenerierten die GLF zu nichts anderem als zu einer Bande von kriminellen Übeltätern. Zumeist handelte es sich um Analphabeten, die - um sich persönlich zu bereichern - gegen den Staat und gegen Einzelpersonen gleichermaßen vorgingen und sich mit Mitteln der Einschüchterung bemühten, den Status Quo - also ihre Vormachtstellung in ihrem Einflußgebiet Weathercost-Region - aufrecht zu erhalten.

Um die MEF stand es alsbald kaum anders: Obwohl sie sich offiziell auflöste, ist sie damals in Wirklichkeit bloß in kleinere Banden zerfallen, die Honiara in Kollaboration mit der Polizei fortan verunsicherten. Der Bürgerkrieg zerbrach also zunehmend in Konflikte zwischen mehreren bewaffneten Gruppen. Alle Gruppierungen waren und blieben bis zum Tag der Intervention schwer bewaffnet.³

Die Salomonen - „failing state“?

Die Salomonen gehören laut UN zu den „am wenigsten entwickelten Staaten“. Durch die nicht enden wollenden Konflikte und Unruhen, durch Bankrott des Staates und grassierende Korruption sind die staatlichen Funktionen weitestgehend zusammengebrochen. Die Ausbeutung der Waldressourcen kommt vor allem einer kleinen Elite zugute, während die Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere junge Menschen, ohne Arbeit und Aussicht auf Beschäftigung ist.⁴ Die ungleiche Verteilung der Gewinne aus den natürlichen Ressourcen wird als ungerecht wahrgenommen und macht es leicht, insbesondere die junge Generation für gewaltsame bzw. kriminelle Konflikte zu mobilisieren.⁵

Der derzeitige Regierungschef Sir ALLAN KEMAKEZA gehört ebenfalls zu den Übeltätern: KEMAKEZA gilt als korrupt,



Benjamin D. and his grandson

Aufnahme: Wouter Adamse 2003

erpressbar und als ein Betrüger. Seine Regierung setzt sich überwiegend aus Personen zusammen, die am MEF-Putsch im Jahre 2000 beteiligt waren. KEMAKEZA hat seinen früheren Waffenbrüdern Entschädigungszahlungen für Zerstörungen während des Bürgerkriegs in so erheblichem Umfang zugestanden, das alles Geld für Bildung, Gesundheitswesen und die Bezahlung von Gehältern im öffentlichen Dienst inzwischen längst aufgebraucht ist. Was noch blieb, wurde von seinen Beratern veruntreut. Um seine Interessen durchsetzen zu können, hat KEMAKEZA sich erneut mit ehemaligen MEF-Kombatanten verbündet. Die im *Townsville Peace Agreement* (TPA) geforderte Entwaffnung wurde von KEMAKEZA unterlaufen, der die früheren MEF-Leute anwies, ihre Waffen nicht abzugeben.

Die Polizei ist paramilitärisch organisiert und gilt als korrupt. Sie wird des Rechtsmißbrauchs verdächtigt. Über ein Viertel der etwa 2.000 Hilfspolizisten standen unrechtmäßig auf der Gehaltsliste; viele von ihnen sind ehemalige Milizionäre, die überwiegend aus der MEF stammen und die an strafbaren Handlungen beteiligt waren: „...security forces are often more part of the problem than the solution.“⁶ Die mißlungene Entwaffnung der konkurrierenden Kombatanten führte dazu, dass diese die Bevölkerung (auch ihrer eigenen Gebiete) weiterhin terrorisierten. Es brach sich Gewalt von unten Bahn, während gleichzeitig Staatsdiener als „Special Constables“ das legitime Gewaltmonopol verletzen: „alles ist gleichzeitig Ursache und Folge“ und damit Ausruck des Staatsverfalls.⁷

Wirtschaft und staatliche Dienstleistungen kamen völlig zum Erliegen. Eine Lösung des fundamentalen Problemkomplexes innerstaatliche Migration und Landkonflikte wurde nicht einmal ernsthaft thematisiert. Die Reorganisation des Staatsaufbaus - größere Autonomie für die einzelnen Landesteile -, wie im TPA-Abkommen gefordert, blieb lediglich eine papie-

rene Forderung. Die Unfähigkeit des Staates, die Grunddienste (Schulen, Gesundheit, etc.) zur Verfügung zu stellen und eine weitgehende Privatisierung von Gewalt machten die Salomonen zu einem „failing state“, zu einem zerbrechenden Staat.⁸

Zeitpunkt der austral. Intervention

Als die Regierung der Salomonen vor zwei Jahren um Hilfe bat, hat Australien diese Bitte mit dem Hinweis auf die Souveränität des Landes abgelehnt. Die Intervention „Operation Helpem Fren“ im Juli 2003 kommt für die Bevölkerung der Salomonen eigentlich um Jahre zu spät. Australien hat durch seine Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung, durch das Einfrieren von Entwicklungshilfezahlungen und durch mangelnde politische Unterstützung den Prozess des staatlichen Scheiterns auf den Salomoneninseln nicht bloß zugelassen, sondern in den letzten Jahren auch noch vorangetrieben.

Im Frühsommer 2003 kam es jedoch zu einer Wende in der australischen Pazifik-Politik. Plötzlich sorgte sich Australiens Premierminister HOWARD darum, dass internationale Terroristen das Chaos und die Unruhe auf den Salomonen ausnutzen und sich auf den Inseln festsetzen könnten⁹, und eine Intervention schien fortan möglich. GEORGE BUSH'S weltweiter Krieg gegen den Terrorismus stellte alles bereit, was es brauchte für HOWARD'S Rhetorik, um die Intervention vor australischen Wählern und in der Welt zu rechtfertigen, und außerdem: „Australia recently adopted a more vigorous strategy to keep its backyard in order, perhaps encouraged by the success of its support to the US-led war in Iraq.“¹⁰ Aus einer Bande von Kriminellen wurde nun postwendend das Gespenst einer größeren, weiterreichenden Bedrohung für „unsere Region“ – gemeint ist Australien einschließlich der Inselstaaten des Südpazifiks¹¹ – und die Intervention wurde eine präventive Aktion, eine Schutzmaßnahme für den Hinterhof

Australiens.

Hinzu kommt, dass sich Australien nach den Bombenattentaten auf Bali sofort akut bedroht wähnte und insbesondere die melanesischen Inseln des Südpazifiks somit strategisch an Bedeutung für Australiens Sicherheit gewannen.

Nach Aussagen von MATTHEW WALE (vom *Solomon Islands Civil Society Network*) könnte die Wahl des Zeitpunkts der australisch geführten Intervention auch mit den bereits fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Indonesien und den Salomonen über eine Intervention zusammenhängen.¹² Eine mögliche indonesische Intervention hätte einen eklatanten Kontrollverlust in Australiens Hinterhof bedeutet.

Und auf den Salomonen sah Regierungschef ALLAN KAMAKEZA eine militärische Intervention Australiens zunehmend als seine einzige Chance, an der Macht zu bleiben, während die Opposition dies als Chance sah, KAMAKEZA loszuwerden.

Intervention u. ihre Legitimation

JOHN HOWARD begründet die Intervention wie folgt: „Wenn wir nichts tun und die Salomonen tiefer in die Anarchie hineinschlittern, wird das Land zur Anlaufstelle für Schurken und Bösewichte - seien sie nun in Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche oder etwas anderes involviert. Dann werden wir zu Recht verdammt, nicht nur von den Australiern, sondern auch von den anderen Ländern der Erde. Dies ist unser Revier und wir haben eine besondere Verantwortung hier“ HOWARD geht sogar soweit, anzunehmen, die Salomonen könnten ein Nest für den internationalen Terrorismus werden.¹³ Da Australien den Südpazifik als seinen Hinterhof ansieht, gilt es einen Ruf zu verlieren, wenn ausgerechnet dort ein „failing state“ angesiedelt wäre, wie ein Zitat des *Australian Strategic Policy Institutes* (ASPI) zeigt: „Australia's standing in the wider world – including with the United States – is therefore at

stake.“¹⁴

Australiens Außenminister ALEXANDER DOWNER hingegen spricht auch wirtschaftliche Beweggründe für die Intervention offen an: „Der Zusammenbruch der Salomonen entzieht Australien Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten, die, obgleich nicht riesig, so doch potentiell von Bedeutung sind.“¹⁵ Neben Gold gibt es reiche Vorkommen an Blei, Nickel, Zink, Bauxit und Phosphaten; Holz und Fisch sind attraktiv für große Konzerne. Die Palmöl-Produktion ist fast ganz in britisch-australischer Hand. Die Salomonen sollen also erneut sicherer gemacht werden für australische und andere Investoren, damit diese weiterhin die Ressourcen der Inseln nutzen können. Der Verdacht liegt nahe, dass die Rettung der Salomoninseln lediglich ein Vorwand ist, um die bislang indirekte Einflußnahme auf die Regierung in eine direkte zu verwandeln, indem Australien sich de facto stärkere Kontrolle über Wirtschaft, Finanzen und Sicherheitskräfte der Inseln sichert.

Der Druck auf weitere Privatisierung des öffentlichen Sektors und das Programm der Stimulierung von privaten Unternehmen zeigt an, dass praktisch da weitergemacht wird, wo der Konflikt angefangen hat: Bei einer ungleichen Abhängigkeitsbeziehung die Eliten fördert und die Bedürfnisse der in Armut Lebenden hinten anstellt.

Laut *Aid Watch* funktioniert australische Entwicklungshilfe wie ein Boomerang. Circa 70 % der Hilfe sind an Aufträge an australische Firmen gebunden, so dass dieses Geld nach Australien zurückfließt. Dadurch wird aus Hilfe eine elaborierte Form von kooperierender Wohlfahrt. Ein Bericht des ASPI betont dies ganz deutlich, wenn es dort heißt: „... our policy towards Solomon Islands must be designed with the aim of serving our national interest.“¹⁶

Einerseits ist die Intervention - jetzt umgewandelt in eine *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) - bislang ein Erfolg: Etwa



Aufnahme: Wouter Adamse 2003

Lilisiana village

3.700 Waffen wurden eingesammelt.¹⁷ HAROLD KEKE und andere Milizenführer sind verhaftet und die Bottle Shops (Alkohol-Verkaufsläden) sind geschlossen. Die Intervention wurde mehrheitlich von der Bevölkerung auf den Salomonen unterstützt¹⁸ und schon bald - so heißt es - sollen die Truppen um 1.400 Mann reduziert werden. Andererseits verbünden sich die Interventionskräfte mit denjenigen, die sie eigentlich bekämpfen sollten: Mit korrupten lokalen Staatsmännern und Polizisten, die mitverantwortlich sind, dass die Salomonen überhaupt erst zu einem „failing state“ wurden. Sobald Kombattanten ihre Waffen abgeben, gewährt die Besatzungsmacht Amnestie (die inzwischen Vierte) für illegalen Waffenbesitz - was für den nötigen Friedens- und Versöhnungsprozess nicht unproblematisch ist, da sie die Opfer ausläßt und an den

traditionellen Friedens- und Versöhnungsinstitutionen vorbei agiert. Um dem entgegenzuwirken, hat sich eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Truth- and Reconciliation Commission*) gegründet, die vor allem in den Dörfern tätig sein will. Ob und wann diese Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann und wird, entscheidet das Parlament - angeblich bereits in seiner kommenden Sitzung noch während des Novembers.¹⁹ Offen bleibt jedoch auch die Reintegration von Ex-Kombattanten in das zivile Leben und alles, was über die Restaurierung der Polizeigewalt hinausgeht. Ob durch diese wenigen Maßnahmen ein länger anhaltender sozialer Friede und eine nachhaltige Demokratisierung erreicht werden können, bleibt bei den gegebenen Verhältnissen fraglich.

„Neue“ australische Pazifik-Politik

Es scheint so zu sein, dass sich am Kern der australischen Entwicklungspolitik, die dem auf lokale Eliten setzenden Brückenkopf-Modell folgt und dem Markt verpflichtet ist, nicht viel geändert hat. Sie tut wenig, um z.B. das Alltagsleben der Inselbewohner zu verbessern und lässt die komplizierten reziproken Verpflichtungen aus vorhandenen Clan-Strukturen außer acht. Landfragen, die fundamental sind für viele Konflikte bleiben ungeklärt. Neu an der Politik Australiens ist hingegen das aktive Eingreifen in die Belange der pazifischen Inselstaaten im Namen des Kampfes gegen den Terror, ein Balance-Akt zwischen Hilfe und Neo-Kolonialismus.

Neu ist auch der Vorschlag, eine Pazifische Gemeinschaft - ähnlich der EU - zu gründen: Mit gemeinsamer Währung, gemeinsamem Arbeitsmarkt, gemeinsamem Abbau von Bodenschätzen, gemeinsamen Flug- und Schifffahrtslinien sowie gemeinsamen Sicherheitskooperationen. Kein schlechter Gedanke. Der Haken: Die gemeinsame Währung ist die australische, der Arbeitsmarkt hat seine Basis in Australien und Australien wird zum langfristigen Wächter für die Pazifische Region. Das sieht nun doch stark nach einer „Australisierung“ der Inselwelt aus.

Um seine Ideen noch besser durchsetzen zu können, hat Australien seinen Kandidaten GREG URWIN bereits in die Schlüsselstelle des Generalsekretärs im *Pacific Island Forum* gehievt, gegen den Wunsch vieler Inselstaaten, da die Stelle eigentlich traditionell von einem Pacific Islander ausgefüllt wird. Der Einfluss Australiens auf das Forum scheint aber auch ohne diese Position schon erheblich gewesen zu

sein und sich nun auch deutlich nach außen zu manifestieren.²⁰

Die Inseln des Südpazifiks sind bis heute noch nicht einmal vollständig entkolonisiert. Frankreich ist immer noch Kolonialmacht im Südpazifik: Da droht den Pazifikinseln schon eine neue Art von Fremdherrschaft: Eine (dem internationalen Terrorismus) vorbeugende Re-Kolonisierung.²¹ Es kann nicht wundern: Nicht alle von den 16 Forum-Staaten begrüßen diese Entwicklung, sie fürchten eine Einschränkung und einen Verlust an Souveränität.

Ob „aktives Eingreifen“ für eine effektivere Entwicklung, für die Stärkung von „Good Governance“ und gegen Korruption auf den Inselstaaten erfolgreich sein kann, muss sich noch zeigen. Ob dies die einzigen bzw. eigentlichen Ziele dieses Vorgehens sind auch. Sicherlich ist es notwendig, mehr Demokratie und weniger Korruption auf den Inseln sicherzustellen, ob jedoch ein Ausbau an Patronisierung der richtige Weg dazu sein kann, muss dahingestellt bleiben.

Die Intervention auf den Salomonen erscheint, so gesehen, bloß als Anfang eines erweiterten und aggressiveren politischen Paradigmas Australiens – aber: „As a general rule, oppressors can't be liberators, and while the sketchy reports from the Solomons suggest that „Helpem Fren“ has met with local acceptance so far, the historical record on imperialist help and friendship, in the Pacific and everywhere else, is hardly encouraging.“²² Um den Salomonen zu einem freiheitlichen demokratischen Staat zu verhelfen, braucht es mehr als eine militärische Lösung.

Anmerkungen:

¹ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, Analysis and Conclusions from the Seminar on Security and Conflict Prevention in the Pacific Region held in Brussels on 30 June 2003, Pacific Issues Paper No.7, S. 8.*

² BÖGE, VOLKER: *Salomonen, Kriegsbeendigung durch Friedensabkommen und Übergang in bewaffneten Konflikt, Arbeitsgemeinschaft Kriegursachenforschung, Hamburg, 16.07.2003*

³ BÖGE, VOLKER: *Salomonen, Bewaffneter Konflikt, Arbeitsgemeinschaft für Kriegursachenforschung, Hamburg, 10.04.03*

⁴ Hughes, Helen: *Aid has failed the Pacific, Issue Analysis No 33, The Centre for Independent Studies, Sydney, March 2003, S. 9*

⁵ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 3.*

⁶ BÖGE, VOLKER: *Causes of Insecurity and Conflicts in the South Pacific Region, in: Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 24.*

⁷ EPPLER ERHARD: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt, Frankfurt 2002, S. 49.*

⁸ *Our Failing Neighbour, Australia and the Future of the Solomon Islands, An ASPi Policy Report, Australian Strategic Policy Institute (ASPI) Barton, June 2003, S. 13-14.*

⁹ Prime Minister JOHN HOWARD: *It could then become a haven for drug running, for money laundering, terrorism. Radio: abc.net.au/news/ 26. Juni 2003.*

¹⁰ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 5.*

¹¹ *Our Failing Neighbour, a.a.O., S. 30.*

¹² MATTHEW WALE ist u.a. Head des Solomon Islands Christian Association Peace Office.

Vortrag anlässlich: *The Fourteenth Europe Pacific Solidarity Seminar, 31.10. - 2.11.2003 in Goersdorf, France*

¹³ Radio: *abc.net.au/news/ 26. Juni 2003.*

¹⁴ *Our Failing Neighbour, a.a. O, S. 15.*

¹⁵ Radio: *abc.net.au/news/ 27. Juni 2003 und Our Failing Neighbour, a.a.O., S. 14.*

¹⁶ *Our Failing Neighbour, a.a.O, S. 12.*

¹⁷ *Pacific Islands. cc, Solomon Is: Australia Considers Scaling Down RAMSI , 25. Okt. 2003.*

¹⁸ *Laut einer Erhebung des Solomon Islands Development Trusts waren es 93,7%; in: J.ROUGHAN, Great Expectations? No, Miracles!, Honiara, 24.08.2003.*

¹⁹ MATTHEW WALE, siehe Fußnote 12.

²⁰ „There is chronic symptom with the Forum that Australia pushes and pushes until there is ‚consensus‘ and it gets what it wants.“ Simpson, Stan: *Who Controls the Pacific Forum? in: Fiji Times, Suva, 20.8.2003.*

²¹ *Vom Pacific Concerns Resource Centre (PCRC) als „full-fledged re-colonisation process“ beschrieben,; in: Media Release des PCRC, 19.8.2003, www.pcrc.org.fj/.*

²² LEUPP, GARY: *Department of History, Tufts University, Coordinator of Asian Studies.*

Marion Struck-Garbe [Marion.Struck-Garbe@greenpeace.de] ist Diplomsozialwirtin und Ethnologin, seit über 10 Jahren Lehrbeauftragte an der Abt. für Indonesische und Südseesprachen und –kulturen der Universität Hamburg sowie Vorstandsvorsitzende des Pazifik-Netzwerkes.